

Denunziation und Denkfreiheit. Was die politische Diskussionskultur unserer Zeit von der Aufklärung lernen kann

1.

Als der führende Philosoph der deutschen Aufklärung, Christian Wolff, 1726 eine Art Einführung für seine bis dahin auf Deutsch erschienenen Schriften verfasste, formulierte er einige Gedanken zur Diskussionskultur seiner Zeit, die den Betrachter gewisser publizistischer Schlammschlachten unserer Tage in Erstaunen versetzen müssen. Denn was Wolff dort beschreibt und als das Ende der „Freyheit zu philosophiren“ (so schrieb man damals) beklagt, entspricht in auffallender Weise einer heute wieder sehr üblichen Praxis, die sich angemessen wohl nur als Denunziation oder, genauer, als Diffamierung bezeichnen lässt. Sie besteht, kurz gesagt, darin, die Vertreter politischer Ansichten, die nicht den eigenen oder nicht denen der eigenen *peer group* entsprechen, mit dem wohl wirksamsten Tabu zu belegen, das die deutsche Öffentlichkeit der vergangenen Jahrzehnte kennt: dem Vorwurf der politischen Rechtslastigkeit. Dass auf diese Weise jede noch so wichtige und nötige Diskussion über ernsthafte gesellschaftliche Themen schnellstens beendet werden kann, und zwar ohne dass wirkliche Argumente ausgetauscht worden wären, hat heute jeder Mensch im öffentlichen oder privaten Bereich oft genug beobachten können. Vor nicht allzu langer Zeit, bis in die späten achtziger Jahre hinein, wurde das gleiche Verfahren nur mit umgekehrten Vorzeichen angewendet, es ist auch heute nicht auf die Unterstellung politisch rechter Ansichten beschränkt. Da aber der Vorwurf, politisch rechts oder sogar rechtsextrem zu sein, in Deutschland deutlich schwerer wiegt als viele andere Arten übler Nachrede, da außerdem gerade hier Unterstellung und Realität oft besonders weit auseinander treten, konzentrieren sich die folgenden Bemerkungen auf diese spezifische Konstellation innerhalb der deutschen Öffentlichkeit. Für andere Zeiten, Länder oder Milieus wären entsprechend andere Kampfbegriffe einzusetzen.

Bei Unterstellungen dieser Art spielt es erstaunlicherweise kaum eine Rolle, ob die derart Angegriffenen sich explizit und nachprüfbar zu rechtem oder gar rechtsextremem Gedankengut bekannt haben. Der vermeintliche Nachweis einer solchen ‚dumpfen‘ Gesinnung, auch da, wo keinerlei genuin rechtslastige Äußerungen vorliegen, stützt sich daher auf ein mindestens dubios zu nennendes Verfahren. Es besteht darin, eine irgendwie geartete (besonders sprachliche, gedankliche oder personelle) Verbindung zwischen den beschuldigten Personen, ihren Äußerungen oder Taten und den Äußerungen oder Taten rechtsgesinnter Gruppierungen oder Einzelpersonen in Geschichte und Gegenwart herzustellen. Nicht selten werden dazu sogar einzelne Äußerungen derart aus dem Kontext gerissen, dass sich ihr Sinn ins Gegenteil verkehrt. Dabei wird zwischen rechts, rechtsextrem oder rechtsradikal kaum je unterschieden, obgleich gerade hier Differenzierung höchst angebracht wäre, schon aus juristischen Gründen. Oft genügen dagegen schon Metaphern wie ‚braune Soße‘, ‚brauner Mist‘, ‚dumpf‘ und andere, um die gewünschten Assoziationen hervorzurufen. Gern wird seit einiger Zeit auch der Ausdruck ‚neurechts‘ verwendet. Selbst wenn dieser Begriff in politikwissenschaftlicher und zeitgeschichtlicher Hinsicht eine nützliche Funktion erfüllen mag, wird er doch gleichfalls in der besagten denunziatorischen Weise, also höchst unwissenschaftlich, auf Personen angewendet, denen man gerade keine explizit rechten Ansichten nachweisen kann. ‚Neurechts‘ soll dann offenbar suggerieren, dass wir es mit Menschen zu tun haben, die rechts sind, es aber nicht sagen oder – kurios genug! – es selbst nicht mal wissen. Eine ähnliche Funktion hatte zu Brechts Zeiten der Ausdruck ‚Kryptokommunist‘, im 18. Jahrhundert der Begriff ‚Kryptojesuit‘, im 16. Jahrhundert ‚Kryptokalvinist‘ usw. Die Feindbilder wechseln, das Prinzip bleibt. In der

deutschen Diskussionslandschaft besteht bekanntlich der Königsweg darin, eine vermeintliche Analogie zur nationalsozialistischen Vergangenheit anzudeuten. Dazu müssen dann ausgesprochen vage Assoziationen herhalten, weil bei den Fällen, die hier gemeint sind, ja gerade keinerlei positive Bezugnahme vorliegt. Welche emotionalen Potentiale damit in der deutschen Öffentlichkeit abgerufen werden, bedarf wohl keiner Erwähnung.

Etwas anderes ist es freilich, wenn tatsächlich jemand mit explizit rassistischen, faschistoiden oder überhaupt klar menschenverachtenden Parolen an die Öffentlichkeit tritt beziehungsweise entsprechende Positionen befürwortet. Und das kommt ohne Zweifel immer wieder vor. Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit und der damit einhergehenden Frustration und Aggression vieler Menschen, ebenso aber aufgrund der zunehmenden Unfähigkeit von Politik, die Bürger bei äußerst weit reichenden Entscheidungen „mitzunehmen“, ist gerade heute die Anziehungskraft rechter Ideologien nicht zu unterschätzen. Das Wahlverhalten in Europa spricht schon seit einer Weile in alarmierender Weise dafür. Die entsprechenden Personen halten allerdings gewöhnlich mit ihren Meinungen nicht hinter dem Berg, so dass man auch keine Schwierigkeiten haben wird, entsprechende Primärbelege zu präsentieren. Auch da mag der Vorwurf angebracht sein, wo sich Justiz und Ordnungskräfte noch im Kielwasser des Radikalenerlasses bewegen und, wie es die bekannte Redensart sagt, auf dem rechten Auge blind sind. Natürlich ist es richtig und notwendig, die Dinge beim Namen zu nennen, wo sie ihn auch verdienen.

Es ist dagegen im höchsten Maße beklagenswert und ein Armutszeugnis für unsere politische Diskussionskultur, wenn derartige Vorwürfe seit einiger Zeit regelmäßig gegen Menschen erhoben werden, denen nichts ferner liegt als rechtes oder gar rechtsextrêmes Gedankengut, deren einziges Vergehen es vielmehr gewesen ist, sich mit politisch inopportunen Meinungen an die Öffentlichkeit zu wenden und die Weltmachtphantasien – oder wie lässt sich das sonst noch bezeichnen? – der neuen Feudalherren, der legendären 0.01%, zu stören. Wer also etwa mit Willy Brandt zu mehr Demokratie aufruft, womöglich gar zu direkter Demokratie, muss sich schnell den Vorwurf des ‚Populismus‘ gefallen lassen. Und so mancher Versuch, eine öffentliche Diskussion über drängendste Probleme anzustoßen, wird mit dem Hinweis quittiert, dass er damit zur Eskalation beitrage und der politischen Rechten in die Hände arbeite. Nicht zuletzt deswegen, weil sich mit den hier gemeinten Beispielen oftmals eher traditionelle linke Positionen verbinden, wurde offenbar auch der Begriff ‚Querfront‘ aus seinem historischen Kontext gelöst und für die gegenwärtige politische Debatte revitalisiert. Denn ähnlich wie die Kategorie ‚neurechts‘ erlaubt er es, da rechte Gesinnungen zu unterstellen, wo in Wort und Tat – oder auch auf der Ebene der Koalitionsbildung – sogar eine deutliche Linksorientierung vorherrscht. Das bekannte Problem, dass man – wie etwa die neue Friedensbewegung – für politische Äußerungen Zustimmung von Gruppierungen erhält, mit denen man nicht gerne gleichgesetzt werden möchte, rechtfertigt nicht derartige Schnellschüsse oder Pauschalisierungen. Wo, wenn nicht hier, wäre genaue Differenzierung nötig?

2.

Wolff hatte unter einem vergleichbaren Verfahren sehr zu leiden gehabt, und er hat es für die Nachwelt treffend beschrieben. Deswegen bietet sich ein kleiner historischer Exkurs an, denn manchmal können wir am Beispiel des räumlich oder zeitlich weit Entfernten genauer erkennen, was vor unseren eigenen Augen passiert. 1723 war er von der preußischen Universität Halle (Saale) relegiert und „bey Strafe des Stranges“ des Landes verwiesen worden, weil er angeblich atheistischen Überzeugungen das Wort geredet hatte. (Stein des Anstoßes war eine Rede über die chinesische Moralphilosophie gewesen, in der Wolff den ‚heidnischen‘ Chinesen eine vorbildliche Sittenlehre

attestiert hatte.) Dazu muss man wissen, dass die Rede von Atheisten damals etwa eine ähnliche öffentliche Wirkung entfaltete wie heute in Deutschland Begriffe wie ‚Rechter‘, ‚Neurechter‘, wenn nicht gar ‚Antisemit‘ und ‚Holocaustleugner‘, in den USA, je nach Umfeld, auch heute noch ein Wort wie ‚socialist‘ oder ‚communist‘. Hier wie dort gilt überdies Differenzierung schon als Verharmlosung: Man konnte nicht, so die verbreitete Meinung um 1700, ‚ein bißchen‘ Atheist sein, man war es ganz oder gar nicht. Es wurden komplizierte Modelle entwickelt, um auch da Atheismus nachzuweisen, wo vielleicht einzelne christliche Lehren in Frage gestellt wurden, etwa die Lehre von den ewigen Strafen oder der besonderen göttlichen Vorsehung. Der dafür eigens geschaffene Fachbegriff hieß *Atheismus indirectus* – indirekter Atheismus. Denn, so die Begründung einflussreicher Theologen, die genannten Lehren würden zwar nicht unmittelbar Gott leugnen, aber doch – „per bonam consequentiam“, wie man sagte – zu einer solchen Aussage hinführen. Dass auf diese Weise die Zahl der mutmaßlichen Atheisten sprunghaft nach oben schnellte, was viele fromme Zeitgenossen in Angst und Schrecken versetzte, lässt sich leicht denken. Wir können also feststellen, dass hier eine gewisse Vergleichbarkeit mit der heutigen Denunziationspraxis besteht. Wem dieses Etikett angehängt wurde, der war öffentlich gebrandmarkt und für die meisten Menschen auch moralisch diskreditiert. Es war schwer, aus diesem Abseits je wieder herauszufinden, oft dauerte es Jahrzehnte, bis der Ruf eines derart diffamierten Autors wieder hergestellt war. Vor allem: Seine Argumente wurden von vielen Menschen nicht mehr angehört. Und auch hier spielte es keine Rolle, ob diese Art der Nachrede in der Sache gerechtfertigt war.

Tatsächlich hat Wolff sein Leben lang immer wieder gegen den Atheismus angeschrieben, als politischer Denker empfahl er, die Ausbreitung atheistischer Meinungsäußerungen in einem Staat zu verhindern, weil so die gesellschaftliche Stabilität untergraben werde – dabei hatte er vor allem das Problem der Eide im Blick, das auch schon den britischen Denker John Locke, ein echtes Schwergewicht der politischen Philosophie, zur gleichen Schlussfolgerung geführt hatte. Es war damals generell noch ein Gemeinplatz in der politischen Theorie und in weiten Teilen der Moralphilosophie, dass der Atheismus die Einhaltung ethischer und juristischer Normen gefährde. Nicht zuletzt deswegen hatte der Atheismusvorwurf auch die oben geschilderte Wirkung. Zwar hatten einige Philosophen – Wolff war einer von ihnen! – inzwischen eingeräumt, dass auch Atheisten sehr wohl moralisch sein können, wenn sie nämlich über den nötigen Grad an Vernunft und Bildung verfügten. Eben diese Aufklärer waren sich jedoch gleichzeitig bewusst, dass zu jener Zeit die Mehrheit der Menschen diese Voraussetzungen nicht erfüllten: Die meisten Menschen konnten damals nicht einmal lesen, und erst recht keine philosophische Traktate studieren. Darüber hinaus besuchte Christian Wolff sein Leben lang regelmäßig den Gottesdienst und hielt auch selbst gelegentlich Predigten, in seiner „Theologia naturalis“ führte er die traditionellen Gottesbeweise durch, und nicht eine seiner Schriften enthält auch nur andeutungsweise eine Leugnung der göttlichen Existenz. Kurz: Der Vorwurf des Atheismus darf aus heutiger Sicht als unbegründet verworfen werden. Soviel zur Vorgeschichte.

Einige Jahre nach seiner Vertreibung – mittlerweile Professor im hessischen Marburg – machte Wolff seiner Verbitterung über die Angriffe gegen ihn Luft, indem er die Technik der Denunziation präzise beschrieb und zur Gefahr für die Meinungsfreiheit erklärte. Er nannte diese Technik, in Anlehnung an das oben beschriebene Verfahren („per bonam consequentiam“), „Consequentien-Macherey“, also: Konsequenzenmacherei. Sie bestand für ihn darin, dass man aus einzelnen Aussagen eines Autors schrittweise Folgerungen ableitete, die dieser selbst nicht zog und wohl auch nicht gezogen hätte, wenn er danach gefragt worden wäre. Auf diese Weise konnte man in wenigen Denkschritten von durchaus harmlosen, gemäßigten Bemerkungen zu den wüstesten Irrlehren gelangen, welche, um es mit Wolffs eigenen Worten zu sagen, „wider die Religion, die Tugend und gute Sitten, und wider den Staat“ gingen. (Wie man in mehreren Schritten eine Verbindung zwischen

zwei weit auseinander liegenden Themen herstellen kann, etwa zwischen ‚Platon‘ und ‚Würstchen‘, hat übrigens Umberto Eco einmal auf unterhaltsame Weise im *Foucaultschen Pendel* vorgeführt. Die Passage ist vielfach im Internet zu finden.) Diese Vorgehensweise demonstriert Wolff an einem damals offenbar noch umstrittenen Beispiel, der Frage nämlich, ob auf der entgegengesetzten Seite der Erde auch Menschen leben könnten. Denn da uns diese ja unweigerlich die Füße zuwenden müssten (daher der Begriff „Antipoden“: „Gegenfüßler“), wäre nicht ersichtlich, warum sie nicht einfach in die Unendlichkeit des Weltalls fallen würden. Wer diesen Zweifeln mit Argumenten wie der Schwerkraft und der Kugelform der Erde begegne, so Wolff, könne sich auf folgende Gegendarstellung gefasst machen (148):

Hier wird ein Consequentien-Macher sagen, er [d. h. der Philosoph, S. B.] leugne, daß die Erde von GOTT in der freyen Himmels-Lufft könne schwebend erhalten werden, und leugne also die Allmacht GOTTes, folgendes führe er die Menschen von dem Vertrauen auf GOTT ab, mache aus dem wahren GOTT einen ohnmächtigen Gott: welches in der That nichts anders sey, als die Menschen zu der Atheisterey verführen, indem ein ohnmächtiger Gott ein heydnischer Götze und also kein GOTT sey. Ein geübter Consequentien-Macher wird noch mehrere Consequentien finden, die mir nicht einfallen, weil ich die dazu erforderte Geschicklichkeit nicht besitze.

Demgegenüber fordert Wolff, einen Autor nur dann als Feind von Religion und Sittlichkeit anzugreifen, wenn er sich auch explizit dahingehend geäußert habe, wenn also seine Ausführungen „den Haupt-Sätzen der Religion, der Tugend und guten Sitten, und der Staats-Verfassung [...] *mit klaren und ausdrücklichen Worten* widersprechen“ (138, Hervorh. S. B.). Eigentlich eine einleuchtende Forderung, denn was er hier beschreibt, ist die verfassungsmäßig garantierte, aber ebenso auch (im Interesse der Aufrechterhaltung politischer Stabilität) begrenzte Meinungsfreiheit. Wolff sieht durch den Verstoß gegen diese Forderung nach rationalen Diskursregeln die „Freyheit zu philosophiren“ in akuter Gefahr, und er beklagt bitter, „dass diese verderbliche Mode von den Heyden her bis auf die Christen geerbet worden, und von diesen noch weiter fortgebracht wird“ (138). Auch dazu muss man wieder wissen, dass die Philosophie gerade erst dabei war, sich aus ihrer Rolle als „Magd der Theologie“ (*ancilla theologiae*) herauszuentwickeln – ein Vorgang, an dem Wolff maßgeblichen Anteil hatte. Durch die Strategie der Konsequenzenmacherei, so kann man folgern, sah Wolff das Projekt der Aufklärung insgesamt gefährdet. Die Praxis der Denunziation verhindert für ihn die Auseinandersetzung in der Sache, schlimmer noch: sie erfordert vom Angreifer überhaupt keine Kenntnis oder Urteilsfähigkeit hinsichtlich des behandelten Themas. Denn für den Denunzierenden genügt es ja, sich an einzelnen Worten oder Sätzen aufzuhängen und daraus schlichtweg fingierte Aussagen abzuleiten. Für Wolff verstößt er damit nicht nur gegen Anstand und Geschmack, sondern auch und vor allem gegen die Verhaltensregeln einer öffentlichen Diskussionskultur, die zu den entscheidenden Voraussetzungen der Aufklärung gehörte. Seine Bemerkungen dazu sollten jeden Beobachter des heutigen politischen Diskurses sehr nachdenklich stimmen (139):

Diejenigen, welche Sachen und Wörter am allerwenigsten zu unterscheiden geschickt sind, können in verkehrten Auslegungen am besten Meister spielen: denn sie sind verwegen, wo einen Verständigen die Schaam zurücke hält, daß er so offenbah des andern Worte verkehren soll. Gleichergestalt sind diejenigen, welche in vernünftigen Schlüssen am wenigsten geübet sind, allzeit die fertigsten mit verhaßten Consequentien anderer ihre Meynungen zu belästigen: denn auch hier sind sie verwegen, wo einer, der vernünftige Schlüsse zu machen geübet ist, sich schämen würde mit solchen Consequentien aufgezogen zu kommen, die mit dem streitigen Satze gar nichts zu thun haben.

Das Ganze wird nicht besser dadurch, dass viele der heutigen Konsequenzenmacher sehr genau zwischen Sachen und Worten zu unterscheiden wissen und ihre Angriffe trotzdem platzieren, wohl

wissend, dass sie die so Geschädigten nachhaltig diskreditieren, selbst dann, wenn sich ihre Vorwürfe bei näherem Hinsehen in Luft auflösen würden. Zudem genügen heute schon vage Assoziationen, für die der Ausdruck ‚Konsequenz‘ noch viel zu hoch gegriffen wäre, um eine mutmaßliche Analogie zur alten oder neuen Rechten herzustellen. Bei den meisten deutschen Lesern, gerade bei den Gebildeten, führt aber leider der Rechtsaußen-Vorwurf mit großer Wahrscheinlichkeit zu der Reaktion, gerade *nicht* näher hinzusehen, als könnte man sich schon dadurch irgendwie mit derartig ‚dumpfem‘ Gedankengut infizieren oder durch die bloße Kenntnisnahme schon Zustimmung ausdrücken. Jeder kennt diesen Effekt, der Verfasser dieser Zeilen muss selbst bekennen, davon nicht frei zu sein. Wenn man nun allerdings bedenkt, dass eine Leitidee der Aufklärung im ‚Selbstdenken‘, und das hieß für viele Zeitgenossen: der unbefangenen eigenen Prüfung, bestand, muss hier doch ein recht niedriger Grad von Aufklärung konstatiert werden. Hinzu kommt, dass die entsprechenden Quellen heute über das Internet oftmals leicht zugänglich wären. Die Methode des politischen Rufmordes bezieht denn auch ihre Wirkungskraft nicht aus der Stichhaltigkeit und Belegbarkeit von Argumenten, sondern aus den beschriebenen emotionalen Reflexen, die eine nüchterne Analyse bekanntlich verhindern. Ihr trauriger Erfolg resultiert jedoch ebenso sehr – das hat Wolff sehr scharf gesehen – aus der Logik und der Autorität der herrschenden Macht (140f.):

Denn wer ist in der Geschichte der Gelehrten so unerfahren, daß er nicht wüßte, wie man durch die Consequentien-Macherey zu allen Zeiten der Freyheit zu philosophiren Eintrag gethan und dadurch Gelegenheit erhalten, diejenigen zu verfolgen, welche nicht in ihren Meynungen sich denen unterwerfen wollen, welche die weltliche Macht auf der Seite gehabt. Denn wer von der Sache nichts versteht und am allerwenigsten davon zu urtheilen geschickt ist, der kan sie mit den ungereimtesten und gefährlichsten Consequentien belästigen.

Es wird keinem Betrachter der politischen Diskussion unserer Tage schwerfallen, die Parallelen zwischen damals und heute zu ziehen. Was Wolff kritisiert und deutlich beschrieben hat und was er als Aufklärer zu überwinden hoffte, ist offenkundig bis heute nicht aus dem rhetorischen Arsenal verschwunden. Was uns heute allerdings not tut, sind die nötigen Instrumente und Begrifflichkeiten, um dieses Vorgehen zu erkennen und zu benennen, wo es am Werk ist. Es ist hier nicht der Ort, um ausführlicher auf die Strategien der heutigen ‚Consequentien-Macher‘ einzugehen. Beispiele kennt die jüngste Vergangenheit zur Genüge, sie werden auf den ‚NachDenkSeiten‘ (www.nachdenkseiten.de) immer wieder benannt und zurecht kritisiert. Ich verweise etwa auf die dort (am 13.10.2015) dokumentierte Berichterstattung einiger Leitmedien über die Anti-TTIP-Demonstration in Berlin, die inzwischen auch vielfach kritisiert worden ist (unter anderem von Petra Pinzler auf *Zeit online* unter dem Titel „Steckt die Hitlerkeule wieder ein“), und, nicht zuletzt, auf die wirklich bedrückende Nebeneinanderstellung von Albrecht Müllers Buch „Meinungsmache“ mit Adolf Hitlers „Mein Kampf“ in einer Sendung des NDR. Einer derartigen Verdächtigungshermeneutik, die etwa im (fälschlich) so genannten ‚Antikapitalismus‘ der TTIP-Gegner Parallelen zu rechten Stammtisch-Ressentiments zu erkennen glaubt, sie damit in die Nachfolge nationalsozialistischer Propaganda gegen das Schreckgespenst einer jüdischen Hochfinanz stellt, ist nun allerdings keine noch so fundierte Gegenargumentation mehr gewachsen, weil sie von da an permanent unter Ideologieverdacht steht. Die derart Angegriffenen haben die jeweilige Diskussion, soweit davon noch die Rede sein kann, schon verloren, wenn sie sich auf dieses Spiel einlassen und sich in eine Defensive drängen lassen, aus der sie nicht leicht herauskommen werden. Abgesehen von der generellen Perfidie dieses Vorgehens ist dabei vor allem ärgerlich, dass auf diese Weise wertvolle Zeit und Kraft verloren geht, die eigentlich in Diskussionen über die Sache investiert werden sollte. Auch deswegen scheint es wichtig, auf historische Parallelen hinzuweisen (und zwar dort, wo auch tatsächlich welche zu finden sind). Wie weit die Ähnlichkeiten und die Unterschiede reichen, muss jeder Leser für sich selbst entscheiden, das Material ist frei zugänglich.

Was die Affäre Wolff angeht, so hat die Geschichte ihr Urteil gefällt: Wolff gilt inzwischen unangefochten als führender Philosoph der deutschen Aufklärung, auch wenn sich sein Ruhm heute zwischen den Riesenfiguren Leibniz und Kant eher bescheiden ausnimmt. Trotz zahlreicher Gegnerschaft trat seine Philosophie schon kurz nach der Vertreibung aus Halle ihren Siegeszug an deutschen Universitäten an. Ohne sie wäre die deutsche Aufklärung nicht denkbar gewesen, selbst die französischen Enzyklopädisten zeigten sich von Wolff beeinflusst. Wenn wir deswegen heute seine Ausführungen von 1726 lesen, dann möchten wir dem wackeren Mann zurufen: ‚Nur Mut!‘ Wir glauben seine Gegner vor uns zu sehen, und von heute betrachtet, machen sie keine allzu gute Figur. Zwar ist nicht jeder, dem heutzutage die „Hitlerkeule“ (Petra Pinzler) um die Ohren gehauen wird, gleich ein neuer Christian Wolff. Am allerwenigsten ist es aber derjenige, der sie auf die beschriebene Weise einsetzt. Mit Aufklärung, so kann hier festgehalten werden, hat das nichts zu tun. Das führt uns abschließend zu der Frage zurück, wie wir, unter dem Gesichtspunkt der ‚Consequenzen-Macherey‘, die heutige Diskussion zu beurteilen haben, in der doch einige auffallende Ähnlichkeiten zur Situation am Beginn der Aufklärung zu bestehen scheinen.

Eines hat sich freilich geändert: Heute möchte jeder gern auf der Seite der Aufklärer stehen, so wie seinerzeit jede Partei ihre Rechtgläubigkeit und ihre volle Unterstützung für Tugend und gute Sitten betonte. Das Horazische ‚sapere aude‘, von Kant zum „Wahlspruch der Aufklärung“ erhoben, ist allmählich ebenso zu Tode zitiert wie die permanent missverstandene Forderung „Geben Sie Gedankenfreiheit“ aus Schillers *Don Carlos*. Diese und andere wohlklingende, vormals ehrenwerte Begriffe wurden, wie der Philosoph Bazon Brock kürzlich feststellte, schon längst „usurpiert“ und vor den Karren ganz anders lautender wirtschaftlicher oder politischer Interessen gespannt. Zur politischen Bildung gehört heute also auch unbedingt ein kritisches Sprachbewusstsein. Im Übrigen: Wer hielte sich heute nicht gern für einen Freidenker?! Schon die dutzende Verwendung dieses Begriffs als Benutzername in diversen Internetforen, auch bei Youtube oder Amazon, hat etwas Kurioses an sich. Jeder glaubt dieser Tage, von Vorurteilen frei zu sein, und meint damit etwa, dass er nicht mehr nachspricht, was die Kirche oder die Eltern behaupten. In Wirklichkeit ist das schon längst der neue Mainstream. Jeder von uns glaubt auch, immun gegen Totalitarismus zu sein, weil wir schon Gänsehaut bekommen, wenn wir nur Worte wie ‚Zensur‘, ‚Unterdrückung‘ oder ‚Diktator‘ hören. Das ist zwar wichtig, genügt aber noch nicht, hat auch per se mit freiem Denken oder Aufklärung noch wenig zu tun. Nicht nur war der Vorurteilsbegriff der Aufklärer wesentlich komplexer gefasst als sein blasses Abbild in unseren Tagen, nicht nur wurzeln ihm zufolge die größten Denkhindernisse zu allererst in uns selbst. Das entscheidende Problem liegt vielmehr darin, dass die Methoden der Unterdrückung von Denk- und Meinungsfreiheit sich verändert haben. Sie haben sich den Zeitläuften angepasst und treten uns gerade nicht mehr in Form von Pressezensur oder Haftstrafen entgegen. Es soll hier nur am Rande hingewiesen werden auf das bekannte Wort (es wird dem italienischen Widerstandskämpfer Ignazio Silone zugeschrieben), dass der neue Faschismus, wenn er einmal kommt, als Antifaschismus auftreten werde: Also womöglich als ein Totalitarismus der ‚Freiheit‘? Jeder, der gern frei denken möchte, kann sich selber fragen, wo er derartige Tendenzen gerade am Wirken sieht, wo überdies auch die entsprechenden Mittel vorhanden sind.

Das alles ist längst gut untersucht und beschrieben (Horkheimer/Adorno, Herman/Chomsky, zuletzt auch der auf Youtube viel beachtete Kieler Vortrag von Prof. Mausfeld ‚Warum schweigen die Lämmer?‘), hier geht es vor allem um den Hinweis, dass wir nicht schon dadurch aufgeklärt sind, dass wir historisch nach der Aufklärung leben, und dass wir von ihren Früchten nicht unbegrenzt zehren können. Auch nicht dadurch, dass wir gegen Unterdrückung und Zensur in anderen Ländern

zu Felde ziehen. Wir sind auch nicht dann schon links, sobald wir gegen rechte Umtriebe mobil machen, wo keine zu finden sind. Wo derartige Angriffe überhaupt noch ernst gemeint sind, weil sie echter Besorgnis entspringen, da gehören sie meines Erachtens zu den eher unglücklichen Folgen einer politischen Erziehung, die ihren historischen Sinn gehabt und, so lässt sich hoffen, ihre Aufgabe erfüllt hat. Man darf getrost behaupten, dass die Deutschen in dieser Richtung ausreichend sensibilisiert sind. Wenn sich dennoch viele Menschen in Deutschland veritablen rechtsextremen Ideologien zuwenden, dann wohl kaum deswegen, weil diese politische Erziehung bislang noch zu zaghaft verfahren wäre. Die wesentlichen Gründe liegen woanders, und wer sich nur in groben Zügen über die Vorgeschichte des Dritten Reichs informiert hat, kann sie leicht erkennen. Hier bestünde dringendster Handlungsbedarf. An dieser Stelle möchte man beinahe von einer tragischen Konstellation sprechen: Denn die einseitige Fixierung auf das mögliche Wiedererstarken der ‚braunen Gefahr‘ – anderswo fürchtet man sich, wie bei uns bis vor dreißig Jahren, mehr vor den Linken – bringt es gegenwärtig leider mit sich, dass viele Zeitgenossen, die es sogar wirklich gut meinen, das Entstehen eines anderen, eines ökonomisch neoliberalen und politisch neokonservativen Totalitarismus zu übersehen drohen, der mit keinem Begriff so großzügig um sich wirft wie mit ‚Freiheit‘. Es sind aber nicht zuletzt die Folgen eben dieser Entwicklung, die in Europa rechten Parteien wieder mehr Zulauf verschaffen.

Was aber die übrigen betrifft, die ihre Angriffe wider besseres Wissen aus wohlüberlegtem strategischen Kalkül, also in manipulativer Absicht, führen, so kann man sich als verantwortlich denkender Bürger nur stets aufs Neue bemühen, ihren scheinbar aufklärerischen Gestus als leere Pose zu enthüllen, die Diskussion hartnäckig immer wieder auf die Sachfragen zurückzuführen und dabei insbesondere auf begrifflicher und historischer Präzision zu bestehen. Dafür bieten nicht zuletzt die *NachDenk.Seiten* ein äußerst wertvolles Forum. In der Zwischenzeit wird man versuchen müssen, sich mit dem nötigen Quentchen Hoffnung, ohne das eine solche Herkulesarbeit nicht möglich wäre, an dem Leitspruch zu orientieren, den Wolff 1726 seiner hier kurz behandelten Schrift voranstellte: *Inconcussa perennat* – „Unerschüttert überdauert sie die Zeiten“.

Wer gemeint ist? – Die Wahrheit.

Quellen:

Christian Wolff: Ausführliche Nachricht von seinen eigenen Schrifften, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1733 (zuerst 1726). – Online unter: reader.digitale-sammlungen.de/resolve/display/bsb10047365.html (BSB).

Petra Pinzler: Steckt die Hitlerkeule wieder ein. Die TTIP-Demonstration zeigt, wie viele Menschen sich für Politik interessieren. *Zeit online*, 16.10.2015, <http://www.zeit.de/2015/42/freihandelsabkommen-ttip-demonstration-berlin> (Stand 25.10.2015).

Max Horkheimer/Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Amsterdam 1947 (zahlr. Auflagen)

Edward S. Herman/Noam Chomsky: Manufacturing Consent. The Political Economy of the Mass Media, New York 1988.

Albrecht Müller: Warum schweigen die Lämmer? Demokratie, Psychologie und Empörungsmanagement. *Nachdenkseiten*, 15.07.2015, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=27333> (Zusammenstellung von Links und Hinweisen zum Vortrag samt einer Mail von Prof. Rainer Mausfeld).

Ders.: Die herrschenden Meinungsmacher sind um Welten überlegen und obendrein skrupellos. Macht Aufklärung da überhaupt noch Sinn? *Nachdenkseiten*, 13.10.2015, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=27911> (Links und Hinweise zu neueren Fällen der ‚Consequentien-Macherey‘).